

### Beschlussempfehlung

Ausschuss  
für Umwelt und Klimaschutz

Hannover, den 11.07.2012

- a) **Asse II: Täuschungsmanöver beenden, Zuverlässigkeit und Transparenz gewährleisten, gemeinsam Verantwortung übernehmen**  
Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/426
- b) **Das Desaster im Atommülllager Asse II bei Wolfenbüttel muss zu weit reichenden Konsequenzen führen!**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/427
- c) **Kein Zeitverzug – Sicheres Konzept für die Schachanlage Asse II erarbeiten**  
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/509
- d) **Projektbeschleunigung zur „Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Asse“**  
Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/4361neu

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Landtag,

1. die o.g. Entschließungsanträge in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung anzunehmen sowie
2. die Eingaben 00421/09/16 und 00528/09/16 für erledigt zu erklären.

Stefan Wenzel  
Vorsitzender

## Anlage

**Asse-Stillegung durch Rückholung vorantreiben!**

Die Stilllegung des Atommüllendlagers Asse II im Landkreis Wolfenbüttel ist eines der dringendsten Umweltprobleme in Deutschland. Nach Abschluss des Optionenvergleichs haben sich das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und das Bundesumweltministerium (BMU) dazu entschieden, die Rückholung der Abfälle aus der Asse bei Machbarkeit zu realisieren.

Dieser eingeschlagene Weg muss jetzt konsequent fortgeführt werden. Es müssen alle technischen Möglichkeiten ergriffen werden, um die Stilllegung der Schachanlage Asse II voranzubringen. Politisches Ziel des Landtags ist die vollständige Bergung der eingelagerten radioaktiven und chemotoxischen Abfälle.

Vor diesem Hintergrund wolle der Landtag beschließen:

1. Der Landtag fordert die vollständige Rückholung der eingelagerten radioaktiven Abfälle aus der Schachanlage Asse II, solange und soweit deren Durchführung technisch und organisatorisch möglich und für die Bevölkerung wie auch die Beschäftigten aus radiologischen und sonstigen sicherheitsrelevanten Gründen vertretbar ist. Die technischen Möglichkeiten sind voll auszuschöpfen.
2. Der Landtag begrüßt die Initiativen auf Landes- und Bundesebene, mittels eines Asse-Gesetzes bzw. einer entsprechenden Änderung des Atomgesetzes die Genehmigungsverfahren für die Rückholung zu beschleunigen und damit Verfahren zu parallelisieren. Dabei dürfen die Schutzziele sowohl für die Mitarbeiter und die Bevölkerung als auch für die nachfolgenden Generationen nicht abgesenkt werden.
3. Der Landtag begrüßt die Einsetzung der Lenkungsgruppe, bestehend aus der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMU, der Staatssekretärin im Niedersächsischen Umweltministerium (NMU), dem Präsidenten des BfS und dem Landrat des Landkreises Wolfenbüttel, und fordert die Lenkungsgruppe und die zuständigen Minister auf, ihre Führungsverantwortung wahrzunehmen, die anstehenden Arbeiten zu koordinieren und notwendige Entscheidungen gemeinsam zu treffen und zu vertreten.
4. Der Landtag fordert das BfS und die Asse-GmbH auf, Vorschläge zu unterbreiten, wie die Pumpenleistung zur Handhabung eines erhöhten Laugenzuflusses den größten im Bergbau möglichen Pumpenleistungen angepasst werden kann.
5. Der Landtag fordert, den Bau des neuen Schachtes 5 unverzüglich zu realisieren und hierbei zur Beschleunigung des Verfahrens das Bergrecht anzuwenden.
6. Der Landtag fordert eine angemessene Bezahlung und die Entfristung der Arbeitsverhältnisse für die Beschäftigten, da diese eine Hauptlast zur sicheren Schließung der Asse tragen.
7. Der Landtag begrüßt die Arbeit der Asse-II-Begleitgruppe (A2B) als regionales Beteiligungsgremium und fordert das BMU auf, die Finanzierung der Gruppe und der wissenschaftlichen Begleitung bis zum Abschluss der Rückholung des Atommülls und der Stilllegung der Schachanlage Asse II ohne Sonderkündigungsrechte sicherzustellen.
8. Der Landtag bittet den Bundestag, die Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel für die Rückholung und die Sicherung der Asse über den erforderlichen Zeitraum und über notwendige Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt sicherzustellen.